Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 b. Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile unterm Strich (Ringelsatz) 40 Pfg. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten 10 Pfg. bes. 20 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Lobeck & Co.,
Hoflieferanten Seiner Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Altmarkt 2.**

Wer in diesem Jahre noch ein elegantes und dabei staunend billiges **Fahrrad** besitzen will, wende sich an
Heilert & Günther
Circusstrasse 2.

Modernste Wiener Corsets aus dem berühmten Mieder-Atelier „Palerma" in Wien
Heinrich Plaul, Hoflieferant, Wallstr. 25.

C. Heinrich Barthel
Putz- und Modewarenhaus
Waisenhausstrasse 30.
Eigene Strohhutfabrik. ❖ Neueste Modelle.
Fernsprecher III. 3230.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath, Wallstr. 8.

Sonnenschirme in **grösster Auswahl.** Schirmfabrik **C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17.

Nr. 190. Spiegel: Rede Dr. Mimel's. Englische auswärtige Politik. Hofnachrichten. Gesammtrathssitzung. Verband der Uhrengrossisten. Schuldirektorenversammlung. Ferienkolonien. Londoner Theaterbrief. Lotterieliste. Vermuthliche Witterung: Heiter, warm, Gewitter. **Mittwoch, 10. Juli.**

Politisches.

Die Rede, die der preußische Finanzminister im Herrenhause bei der Berathung des Entwurfes des Stempelsteuergesetzes gehalten hat, ist eine der bedeutsamsten wirthschaftspolitischen Kundgebungen, die seit langer Zeit von so hoher amtlicher Stelle ausgegangen sind. Das waren keine zweideutigen Zusicherungen, keine gewundenen Redensarten, von denen man nicht recht weiß, ob sie als captatio benevolentiae für einen bestimmten Augenblickszweck oder als Ausdruck einer aufrichtigen Ueberzeugung gemeint sind. In großen, klaren, meisterlichen Zügen entwickelte Herr Dr. Miquel seine Stellung gegenüber den schwebenden wirthschaftspolitischen Fragen der Gegenwart, und was er da zeichnete, waren keine einfachen Regierungsmaximen, sondern der Inbegriff einer gefestigten Weltanschauung. Individualismus und staatliche Einwirkung zu Gunsten des wirthschaftlich Schwächeren auf den wirthschaftlich Stärkeren: diese beiden gewaltigen Gegensätze erklärte der Minister mit einer wohlthuenden Deutlichkeit für das A und das O der modernen Entwickelung, und mit einer jeden Zweifel ausschließenden Bestimmtheit entschied er sich für das zweite Prinzip. „Es bestehen heute zwei große Prinzipien auf sozialem und wirthschaftlichem Gebiet. Das eine, nach meiner Meinung die Resultate einer vergangenen Entwickelung, weist das Individuum absolut auf sich an, erklärt es für souverän in Beziehung auf seine wirthschaftliche Thätigkeit und in der Handhabung der Dispositionen über seinen Besitz. Dieses rein individuelle Prinzip, welches s. Z. sehr segensreich gewirkt hat, die Loslösung von den alten überwundenen, nicht mehr zu erhaltenden Schranken und Bindungen, ist heute nach meiner Ueberzeugung wieder überwunden. Das beweist unsere Gesetzgebung. Wir haben auf gewerblichem Gebiet angefangen, der Willkür des Einzelnen Schranken zu setzen, die Aufgaben des Staats dahin zu stellen, die Schwachen zu schützen gegenüber dem Belieben des Einzelnen; wir haben Wuchergesetze gemacht, Zwangsversicherungen, die Arbeitskraft und Zeit aus der reinen Willkür des Einzelnen herausgezogen und haben sie unter die gesetzliche Regelung gestellt. Wenn das aber bei dem mobilen Kapital nothwendig ist, um wieviel mehr bei dem Grundbesitz. Das mobile Kapital ist nach anderen Grundsätzen zu behandeln als der Grundbesitz, der ein Theil des Staatsganzen ist und eine ganz andere Bedeutung für die soziale und wirthschaftliche Entwickelung der Gesellschaft und des Staates hat, als das mobile Kapital. Der Grundfehler ist der gewesen, ein Fehler, den wir zwar leicht begreifen können, den man aber nicht begreifen konnte zur Zeit von Stein und Hardenberg und woraus man Niemandem einen Vorwurf machen kann. Das sind große historische Entwickelungen, wo allmählich aus der Erfahrung die Heilmittel von selbst den Menschen klar werden. . . . Genau so steht es mit den Fideikommissen. Alle gelehrten Theoretiker, und auch Praktiker, welche mit diesen von mir oberflächlich und skizzenhaft angedeuteten Anschauungen einverstanden sind, selbst die tragen Bedenken, schrankenlos das Fideikommiß zu gestatten. Ein Gelehrter sagt, das Recht der Unveräußerlichkeit, der Untheilbarkeit, der Unverschuldbarkeit durch einen Stifter proklamiren, hieße die Herrschaft des Todten über die Lebendigen proklamiren. Ich bin kein Gegner des Fideikommisses, aber auch bei diesem wie bei allen solchen staatlichen Ordnungen muß der Mißbrauch verhütet werden. . . . Wir werden uns fragen müssen: Sind die Fideikommisse richtig vertheilt in Preußen oder hängt ihre Vertheilung lediglich vom Zufall ab, ist es richtig, die Frage der Bildung von Fideikommissen lediglich nach mystischen Gesichtspunkten zu beurtheilen, oder ist sie eine Sache, die nur von allgemeinen wirthschaftlichen Gesichtspunkten aus zu behandeln ist, ist es richtig, die ungeheure Einschränkung der Ausnutzung der Fideikommisse in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, oder ist es nothwendig, etwas mehr Freiheit zu gewähren wie in England?. . ." So sprach Herr Dr. Miquel vor der erlesenen Versammlung des preußischen Herrenhauses und zeigte dadurch sowohl seine Bereitwilligkeit, der Landwirthschaft zu ihrem vollen und ungeschmälerten Recht zu verhelfen, als auch seinen ernsten Willen, die Rücksicht auf das Allgemeinwohl bei allen seinen Maßnahmen obenan zu stellen. Zum Schluß nahm der Minister noch Gelegenheit, die innere Kontinuität dieser gesetzgeberischen Entwickelung im Gegensatz zu der rein äußerlichen Frage der Persönlichkeit ihrer Träger hervorzuheben. „Ich kann ja nicht wissen, ob ich das Alles auch mitmachen kann, aber ich werde mit der größten Ruhe aus diesen Bestrebungen herausgehen, weil ich sage, sie sind eine Folge innerer Nothwendigkeit, daß, wer auch Minister ist, schließlich doch immer an diese Frage herantreten muß. Wohin soll es führen, wenn, wie es die letzten Generationen gesehen haben, dieses rapide Anwachsen der Verschuldung des Grund und Bodens von Jahr zu Jahr weiter geht, wenn der ganze Grund und Boden schließlich jede Selbstständigkeit, jede Gesichertheit in seinem Bestande verliert und völlig abhängig wird von dem mobilen Kapital, so daß er nicht eine selbstständige Institution ist, sondern ein Anhängsel des mobilen Kapitals? Wie kann eine Staatsregierung das ruhig mit ansehen? Muß eine Staatsregierung nicht dieser gefährlichen Entwickelung Einhalt thun und ihr Schranken stellen?" Nach dieser Kundgebung kann es nicht wohl zweifelhaft sein, welche von den angeblich widerstreitenden Richtungen im Schooße des preußischen Staatsministeriums den Sieg davongetragen hat. Die Rede des preußischen Finanzministers im Herrenhause bezeichnet einen bedeutsamen Markstein auf dem Wege einer erleuchteten Sozialreform im Königreich Preußen. Das ganze politische Leben steht heute unter dem Wahlspruch „Sozialmonarchie oder Sozialdemokratie". Wenn die Sozialmonarchie die richtigen Männer findet, die ihre Sache zugleich mit der Intelligenz und mit dem Herzen vertreten, dann braucht ihr um den Sieg nicht bange zu sein.

Die internationale Lage hat sich nach dem Sturze des Kabinets Rosebery in England plötzlich wieder gebessert. Der zeitliche Zusammenhang ist in diesem Falle zugleich ein ursächlicher. Lord Rosebery hatte seine Politik mit einem geradezu frevelhaften Leichtsinn dermaßen für die Armenier engagirt, daß eine friedliche Lösung der Frage ohne völlige Unterwerfung der Türkei unter den diktatorisch kundgegebenen englischen Willen fast nicht mehr möglich schien. Da trat gerade im entscheidenden Augenblick der Kabinetswechsel ein, der beruhigendes Oel in die hochgehenden Wogen der allgemeinen Erregung goß. Lord Salisbury, für den die soeben ausgeschriebenen Neuwahlen wohl zweifellos eine genügende Regierungsmajorität ergeben werden, hat in seinem gelegentlichen Organ, dem „Standard" — sein regelmäßiger Sprecher ist die „Morning Post" —, bereits die künftige Haltung seiner Regierung in der auswärtigen Politik präcisirt. Es heißt in der Auslassung, daß Lord Salisbury gewiß alle friedlichen Mittel anwenden werde, um den Widerstand der Pforte gegen die Reformen in Armenien zu brechen. Er werde mit gleichem diplomatischem Eifer sich bemühen, die nothwendigen Reformen für Makedonien zu erhalten. Dazu müsse man jedoch nicht das Schwert ziehen oder heimliche Manöver anwenden, darauf berechnet, einen Krieg hervorzurufen. Wenn die Makedonier so unklug wären, zu offenen Feindseligkeiten zu schreiten, und wenn die Bulgaren mit noch größerer Unklugheit ihnen zu Hilfe kommen würden, so hätten Beide, die Makedonier und die Bulgaren, die Folgen zu tragen. Der Ausgang der englischen Wahlen, deren Beginn auf den 13. d. Mts. festgesetzt worden ist, wird daher diesmal das kontinentale Interesse ganz besonders in Mitleidenschaft ziehen.

Eine zielbewußte englische Regierung ist auch deshalb vonnöthen, damit die europäischen Mächte gemeinsam ein ernstes Wörtchen mit dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien reden können. Das hätte eigentlich schon längst geschehen müssen. Wie sich jetzt als sicher herausgestellt hat, sind die alarmirenden Nachrichten von der bulgarisch-makedonischen Grenze tendenziös aufgebauscht worden, um eine makedonische Frage künstlich in Gang zu bringen, zu keinem anderen Zwecke als zur Befriedigung des höchstpersönlichen Ehrgeizes des Fürsten Ferdinand, dessen politische Unfähigkeit und persönliche Charakterschwäche heute von keiner Seite mehr bezweifelt werden. Der Fünf hat seit dem Sturze Stambulow's erschrecklich große Gruppen im Kopf. Er will durchaus ein „Rol" werden. Da er nun aber zur Erreichung dieses Zieles unbedingt eine gewisse Popularität braucht und er sich diese durch sein mehr als wurdeloses vergebliches Angeln nach der russischen Freundschaft gründlich verscherzt hat, so beging er leichten Herzens die Gewissenlosigkeit, die revolutionäre makedonische Bewegung in seinem Lande künstlich zu ermuthigen, um sich auf diesem Wege wieder beliebt zu machen. Der letzte, ungewöhnlich verlängerte Aufenthalt des Fürsten im Auslande, seine erneuerte Abreise aus dem Lande gerade unter den jetzigen kritischen Verhältnissen (wenn diese nicht etwa aus der Erwägung hervorgegangen ist, daß Vorsicht der bessere Theil der Tapferkeit sei) deuten ebenfalls auf allerlei geheime Zettelungen des Fürsten. Es weist also Alles darauf hin, daß der Fürst mit seiner augenblicklichen Gebahrung eine ernste Gefahr für den europäischen Frieden bildet. Deshalb müssen die Großmächte den Weg stillschweigender Duldung oder sanfter Ermahnung verlassen und dem Fürsten Ferdinand mit solchem Nachdruck den Standpunkt klar machen, daß ihm die Lust zu weiteren Abschweifungen auf das Gebiet der „hohen Politik" gründlich vergeht.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 9. Juli.

Berlin. Der Kronprinz und Prinz Eitel Fritz haben gestern früh von Potsdam aus in Begleitung ihrer beiden Gouverneure eine Reise nach Süddeutschland angetreten. Sie reisen incognito unter dem Namen Grafen v. Graisenberg. Die jüngeren kaiserlichen Kinder werden gegen Ende dieser Woche zum Sommeraufenthalt nach Saßnitz auf Rügen abreisen. Die Kaiserin wird sich erst im letzten Drittel d. M. nach Saßnitz begeben. — In Kolonialkreisen verlautet, daß Dr. Karl Peters im Auftrage des Auswärtigen Amtes nach Udschidschi in Deutsch-Ost-Afrika reisen werde, um die Verwaltung der am Tanganikasee gelegenen Theile des Schutzgebietes zu übernehmen. — Die Mitglieder beider Häuser des Landtages sind für morgen Nachmittag 2 Uhr zur Entgegennahme einer Königlichen Botschaft nach dem Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses zu einer gemeinsamen Sitzung geladen, durch welche der Schluß der Session erfolgen wird. — Das Herrenhaus-Mitglied Graf Klinkowström hat folgendes Schreiben an die Redaktion der „Freis. Ztg." gerichtet: „Der Artikel in Nr. 158 der „Freis. Ztg." „Graf Klinkowström u. s. w.", gegen den ich mir ev. weitere Schritte vorbehalte, beruft sich darauf, ich hätte Herrn Richter dadurch beschimpft, daß ich die Ausführungen desselben als „Ungezogenheiten" bezeichnet hätte. Diese Voraussetzung ist falsch. Nach dem unkorrigirten stenographischen Berichte habe ich gesagt: „Nun, meine Herren, ist es ja eine Eigenthümlichkeit, oder, ich möchte sagen Ungezogenheit des Deutschen, seinen Adel bei jeder Gelegenheit, sei es in einer gewissen Presse, sei es in der Litteratur herabzusetzen, im Parlamente ist es aber in dieser Form bisher nicht vorgekommen." In der ferneren Rede kommt das Wort „Ungezogenheit" nicht mehr vor.

Berlin. Die „Nat. Ztg." bemerkt zu der Suspension des „Kreuz-Ztg."-Redakteurs Frhrn. v. Hammerstein, sowie zu der Mittheilung der „Konservativen Korrespondenz", wonach Freiherr v. Hammerstein seinen Austritt aus der konservativen Fraktion des Reichstages und des Abgeordnetenhauses angezeigt habe: „Wäre Freiherr v. Hammerstein von der Schuld, deren man ihn zeiht, frei, wären seine bisherigen politischen Freunde der Ansicht, daß er den Vorwurf statutenwidriger Verwendung des Pensionsfonds der „Kreuz-Ztg." und der Bezahlung um das Doppelte zu hoher Papierpreise an seinen Privatgläubiger, den Papier-Lieferanten als „Interna des Blattes" mit gutem Recht nicht in die Klage gegen die „Kleine Presse" aufgenommen, dann wäre weder die Suspendirung von seinem Amte noch der Austritt aus der Partei nöthig. Erklärungen aller Betheiligten hätten ihn schnell vor der Welt gerechtfertigt, ein energischer kurzer Prozeß hätte auch juristisch Klarheit und Sühne gebracht, er wäre eine politische Persönlichkeit geblieben. Die oben erwähnten Erklärungen aber haben nur eine Bedeutung: Mit dem Politiker Freiherrn v. Hammerstein ist es zu Ende. Mit dem Politiker Freiherrn v. Hammerstein fällt aber nicht allein der Mann, sondern ein System, jener Zug der konservativen Politik, der in seinen extremen Erscheinungsformen als ein katilinarisches Desperadothum sich sofort kennzeichnete." Noch schärfer geht natürlich die freisinnige Presse mit Herrn v. Hammerstein in's Gericht. Die „Voss. Ztg." bemerkt: Die Erklärung besagt noch die eigenartige Thatsache, daß die konservative Parteileitung und das Komitee der „Kreuz-Ztg." seit vielen Monaten über die Anschuldigungen gegen Herrn v. Hammerstein unterrichtet waren, daß aber auch nach den Erörterungen in der Presse und im Parlament erst in diesen Tagen für nöthig befunden wurde, ihn seiner Stellung zu entheben. Das „Berl. Tagebl." meint: In den verschiedenen Parteien haben sich schon unlautere Personen gefunden, das ist von vornherein nicht eine Schuld, sondern ein Unglück; aber den Konservativen blieb es vorbehalten, einen Bemakelten längere Zeit unter sich zu dulden.

Berlin. Das Herrenhaus nahm das Jagdscheingesetz in der Fassung des Abgeordnetenhauses an und erledigt in seiner morgenden Schlußsitzung die Eisenbahn-Verstaatlichungs-Vorlagen. — Dem Verwaltungs-Ausschuß des Central-Dombauvereins zu Köln ist gestattet worden, in diesem oder im nächsten Jahre zur vollständigen Freilegung des Kölner Domes nach der Westseite eine neue Prämien-Lotterie zu veranstalten. — Ein Schwindelbankier, der Direktor der Nordsee-Kreditbank Albert Richter, ist mit Kautionen seiner Angestellten in erheblichem Betrage durchgegangen.

Kiel. Die erste Panzer-Division unter Vicеadmiral Koester ist soeben nach Spanien und den marokkanischen Gewässern ausgelaufen; ihr erstes Ziel ist Vigo. Der Panzer „Wörth", Kommandant Prinz Heinrich, besucht demnächst Triest zum Stapellauf eines österreichischen Kriegsschiffes. Die Rückkehr der Division erfolgt am 15. August.

Kiel. Die Nachricht, das Manövergeschwader gehe von Vigo nach Marocco ist unrichtig; das Geschwader erhielt Befehl, nicht südlicher als Vigo zu manövriren.

Beuthen. Im Mikultschützer Krawallprozeß wurden verurtheilt: Wosnitza zu 2 Jahren, Kalus und Holnisch zu je 9 Monaten, Lorenz Eichy zu 1½ Jahr, Martin Eichy und Lamvert zu je 1½ Jahr Gefängniß. Schoppel wurde freigesprochen.

Meiningen. Die Petition deutscher Frauenvereine um Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren ist vom Landtag einstimmig der Regierung zur Erwägung überwiesen worden.

Darmstadt. Die „Darmstädter Ztg." veröffentlicht einen Erlaß des Staatsministeriums an den Verwaltungsrath der hessischen Ludwigsbahn auf dessen Protesterklärung. Inhaltlich desselben beharrt die Regierung bezüglich der Verstaatlichung auf ihrem früheren Standpunkte. Die Regierung ist zur Fortsetzung der Verhandlungen bereit, voraussgesetzt, daß die Ludwigsbahn bei den zu erneuernden Verhandlungen entsprechendes Entgegenkommen beweist. Der Gesellschaft muß überlassen bleiben, wie die Verhältnisse jetzt liegen, hierzu zuerst durch Rückleitung der unterschriftlich vollzogenen Niederschriften über die seitherigen Verhandlungen, sowie vor Allem durch eine entsprechende Ermäßigung ihrer in der seitherigen Höhe für die Regierung unter keinen Umständen annehmbaren Forderungen auf ein auch dem Interesse des Staates Rechnung tragendes Maß zunächst selbst die Hand zu bieten.

Prag. In Grottau haben 500 Weber und Weberinnen der mechanischen Färbereifirma Siegmund Goldschmidt wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt.

Paris. Das „Journal" meldet: Der Chef der Sicherheitspolizei in Moskau habe ein Komplot gegen den Czaren entdeckt. Unter den Verschworenen befinden sich sechs vor Kurzem begnadigte Nihilisten.

London. Die gestern erfolgten Zutheilungen auf die chinesische Anleihe ergaben noch 10 bis 12 Prozent über die zu zeichnende Beträge.

London. Gladstone antwortet in einer Veröffentlichung auf die Anfrage eines Liberalen, daß vor Allem die Rechte des Unterhauses als der berufenen Vertretung der Nation zu schützen seien, und daß Englands Ehre durch Herstellung der Freiheit Irlands zu befestigen sei.

London. Unter den konservativen Kandidaten für das Parlament befindet sich auch der Afrika-Reisende Stanley. Er hatte sich bereits im Jahre 1892 für ein Mandat gemeldet; jetzt wird er von dem neuen Minister der Kolonien unterstützt. In seinem Wahlaufrufe erklärt Stanley, für die Verhinderung der Einwanderung armer Leute nach England und für die Aufhebung des Imports aller in Gefängnissen angefertigten Fabrikate eintreten zu wollen.

London. Nach einer Meldung aus Perth betrug die Goldausfuhr aus West-Australien in dem mit Juni schließenden Jahr 230,503 Unzen, weist somit eine bedeutende Zunahme auf.

Petersburg. Die bulgarische Deputation hat Blättermeldungen zufolge die Mission, die russische Regierung zu bitten, den Bau ihrer neben dem Schipkapaß gelegenen Kirche vollenden zu lassen.

Konstantinopel. Die Botschafter Rußlands, Frankreichs und Englands richteten in dringender Form das Ersuchen an die Pforte um Aufklärung nicht genügend deutlicher Stellen in der Antwortnote betreffs der armenischen Reform.

Bukarest. In der Nacht zum Sonntag wurde der Ort Cineszci im Bezirk Valcea durch einen furchtbaren Wolkenbruch mit Erdrutsch heimgesucht, der die halbe Ortschaft zerstörte. Zahlreiche Menschenleben sind dem Elementarereigniß zum Opfer gefallen. 10 Leichname wurden bisher aus den Fluthen gezogen, darunter die des Lehrers und seiner 5 Kinder. Auch andere Ortschaften des nämlichen Bezirks haben bedeutende Schäden erlitten.

Die **Berliner Börse** eröffnete fest auf gute Stimmungsberichte von den fremden Börsen, später schwächte sich die Haltung ab. Banken waren Anfangs durch Emissionen angeregt, doch gaben heimische Banken später etwas nach, um sich in letzter Stunde wieder zu befestigen. Bergwerke wenig verändert und still. Von Eisenbahnen lagen Franzosen und Lombarden etwas schwächer, andere österreichische fest, schweizerische durchweg etwas höher, italienische dagegen nachgebend, Canada Pacific sehr fest. Deutsche Bahnen mehrfach etwas abgeschwächt. Schiffahrtsaktien setzten fest ein, gingen aber später zurück. Von fremden Renten Italiener abgeschwächt, Mexikaner anziehend, Russen und Ungarn unverändert. Im Kassaverkehr deutsche und preußische Anleihen bei regen Umsätzen fast unverändert, von fremden hatten amerikanische Bond

Friedrich & Wockner Fabrik, Fasch. als Specialität, ausgewogen nur in uns. Det.-Geschäft, Zwingerstr. 15, Schülerstr. 12, Pieschen, Oststr. 8 und Löbtau.
Tusch-, Schreib-, Farben,